

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:259662-2010:TEXT:DE:HTML>

D-Berlin: Veranstaltung von Ausstellungen, Messen und Kongressen

2010/S 169-259662

BEKANNTMACHUNG

Dienstleistungsauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Wissenschaft im Dialog gGmbH

Charlottenstr. 80

Kontakt: Projektleitung

z. H. Beate Langholf

10117 Berlin

DEUTSCHLAND

Tel. +49 30206229550

E-Mail: beate.langholf@w-i-d.de

Fax +49 30206229515

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers www.wissenschaft-im-dialog.de

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

Sonstige gemeinnützige GmbH mit Projektförderung aus öffentlichen Mitteln

Sonstige Bereich Wissenschaftskommunikation

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber

Ausschreibung der Ausstellungsagentur für die Konzeption und Realisierung einer Ausstellung auf einem Binnenschiff (MS Wissenschaft 2011).

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag

NUTS-Code DE300

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Entwicklung des Ausstellungskonzepts und Realisierung der Ausstellung an Bord des Ausstellungsschiffes „MS Wissenschaft“ 2011. Die Ausstellung auf einem Binnenfrachtschiff gastiert voraussichtlich von Juni bis Oktober 2011 in ca. 30 deutschen Städten.

Wissenschaft im Dialog (WiD) ist eine Initiative der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen, die das Ziel verfolgt, Wissenschaft und Gesellschaft stärker mit einander ins Gespräch zu bringen. Sie wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt.

Die MS Wissenschaft – das schwimmende Science Center von WiD – ist seit 2002 in jedem Jahr für rund vier Monate als Ausstellungsschiff unterwegs. Die MS Wissenschaft ist kein Museum im klassischen Sinne, sondern macht Wissenschaft und Forschung auf unterhaltsame und interaktive Weise erlebbar. Thematisch an die vom BMBF ausgerufenen Wissenschaftsjahre angelehnt, ist es inzwischen ein großer Publikumserfolg und eines der Highlights der Wissenschaftsjahre.

Im Jahr 2011 wird sich das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerufene Wissenschaftsjahr dem großen Themenbereich „Gesundheit/Gesundheitsforschung“ widmen. Titel des Jahres ist „Forschung für unsere Gesundheit“. Ziel des Jahres ist es, einen Einblick in die wissenschaftlichen Fragestellungen, Arbeitsmethoden und Erkenntnisse zu geben, die zum Erhalt der Gesundheit bzw. zu deren Wiederherstellung beitragen. Interdisziplinär und umfassend sollen möglichst viele Aspekte dieses gesellschaftlich und global so wichtigen Themas dargestellt werden.

Die Ausstellung an Bord der MS Wissenschaft soll einen Eindruck von der Vielfalt der Gesundheitsforschung vermitteln – sowohl im Grundlagen- als auch im Anwendungsbereich – und beispielhaft deren Tragweite für die Gesellschaft wie auch den individuellen Bürger darstellen. Dazu werden Forschungsgruppen und wissenschaftliche Einrichtungen eingeladen, ihre Arbeiten zum Thema Gesundheitsforschung in Form von interaktiven Exponaten zu präsentieren. Die Ausstellung soll explizit nicht nur naturwissenschaftliche und technische Aspekte erfassen; ebenso wichtig sind hier soziologische, psychologische, kulturelle und didaktische Gesichtspunkte.

Die Exponate aus der Gesundheitsforschung werden ergänzt durch eigens für die Ausstellung entwickelte Hands-On-Exponate, die übergeordnete Aspekte vermitteln oder spielerisch zu den jeweiligen Bereichen hinführen. Auch im Wissenschaftsjahr 2011 ist es ein Hauptanliegen, das Interesse und die Neugier von Schülerinnen und Schülern für Wissenschaft zu wecken und zu stärken.

Die Exponate werden zum Großteil von den wissenschaftlichen Instituten der WiD-Mitgliedseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Aufgabe der Agentur ist es, diese (gemeinsam mit einem Arbeitskreis) in ein Konzept zu binden, zusätzliche Exponate zu entwickeln und die Ausstellung zu realisieren (Planung, Bau, Abbau etc.). Nähere Angaben zu Leistungsinhalt und Umfang enthalten die Unterlagen, die mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe übersandt werden.

Für den zu vergebenden Auftrag steht ein Budget von maximal 295 000,00 EUR zzgl. USt. zur Verfügung. Die Charter des Ausstellungsschiffes ist nicht Gegenstand der Leistung. PR- und Werbemaßnahmen zur Begleitung des Projekts sind nicht Gegenstand der Leistung.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

79950000, 79956000, 92521100

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):**

Nein

II.1.8) **Aufteilung in Lose**

Nein

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Nein

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang

295 000,00 EUR.

II.2.2) Optionen

Nein

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Beginn: 1.12.2010. Ende: 31.12.2011

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung

Nein

III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eigenerklärung nach § 6 Abs. 3 VOL/A, dass:

— das Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden,

— das Unternehmen im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist,

— eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen wurde,

— die für die Ausführung der Leistung vorgesehenen Personen entsprechend zertifiziert, bzw. qualifiziert sind,

— den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen wurde und der Auftraggeber ermächtigt wird, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. diese auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen werden,

— den Verpflichtungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen wurde und auch weiterhin nachkommen wird,

— er in den letzten 2 Jahren nicht zu einer Geldbuße gemäß § 21 Arbeitnehmerentendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingungengesetz von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist und sich kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen oder bekannt ist,

— ihm nicht bekannt ist, dass im Berliner Korruptionsregister eine Eintragung vorliegt, die das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen,

— die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt werden,

— zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über sein Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,

— die staatlichen Sicherheitsvorschriften (insbesondere Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz einschließlich der dazugehörigen Rechtsverordnungen, insbesondere ArbeitsstättenV, DruckluftV, GefahrstoffV, BetriebssicherheitsV, PSA-BenutzungsV, LastenhandhabungsV) und die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften eingehalten werden,
— die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingehalten werden.

Der Bieter erklärt sein Einverständnis, dass der Auftraggeber die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch Stichproben am Ort der Leistung sowie anhand von vorzulegenden Belegen prüfen kann. Die Belege müssen mindestens enthalten:

— die Namen der für die Auftragserfüllung eingesetzten gewerblichen Arbeitnehmer,
— die im Rahmen der Auftragserfüllung von diesem Monat der Stichprobe geleisteten Arbeitsstunden sowie
— die an die gewerblichen Arbeitnehmer gezahlten Brutto-Stundenlöhne ohne Zuschläge.

Der Bieter verpflichtet sich, Löhne und Gehälter – auch ausländischer Beschäftigter, sofern diese die Leistung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbringen – mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse im Unternehmen bereitzuhalten und auf Anforderung dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Bieter verpflichtet sich, im potenziellen Auftragsfall gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestarbeitsbedingengesetz personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnanschrift) bekannt zu geben.

Der Bieter verpflichtet sich, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung abgibt.

Der Bieter ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung seinen Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zu Folge haben und sein Unternehmen bis zur Dauer von zwei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden kann.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweis von Referenzen (Referenzprojekte inkl. Auftragsumfang, Aufgabenbereich, Angabe eines Ansprechpartners inkl. Telefonnummer):

1. im Bereich Konzeption wissenschaftlicher Ausstellungen für ein breites Publikum (Wissenschaftskommunikation);
2. im Bereich Konzeption interaktiver Ausstellungen;
3. über Realisierung und Bau wissenschaftlicher Ausstellungen für ein breites Publikum (mindestens Projektleitung);
4. über Realisierung und Bau interaktiver Ausstellungen (mindestens Projektleitung);
5. über Erfahrung mit ungewöhnlichen Ausstellungsräumen;
6. über Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern sowie
7. Nachweis der Qualifikation der für das Projekt voraussichtlich hauptverantwortlichen Mitarbeiter.

Die Nichtvorlage von Eignungsnachweisen führt nicht zwingend zum Ausschluss. Der Auftraggeber wird im Fall fehlender Nachweise die Eignung nach pflichtgemäßem Ermessen auf Basis der vorgelegten Unterlagen beurteilen. Der Auftraggeber behält sich außerdem vor, Eignungsnachweise ggf. nachzufordern.

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart

Beschleunigtes Verhandlungsverfahren

Ein beschleunigtes Verfahren ist im Rahmen des Konjunkturpakets 2 möglich.

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

geplante Mindestzahl 1 Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Aufwand eines

Verhandlungsverfahrens bei mehr als 5 Bietern ist sowohl für die Bieter als auch für die Vergabestelle zu hoch.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote Ja

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN

IV.2.1) Zuschlagskriterien

Wirtschaftlich günstigstes Angebot die nachstehenden Kriterien

1. Kreativität und Originalität des Konzepts. Gewichtung 40

2. Eignung der Konzepts zur Einbindung unterschiedlichster Exponate aus wissenschaftlichen Instituten.

Gewichtung 30

3. Eignung des Konzepts für die Wissensvermittlung an eine breite Öffentlichkeit (Schulklassen, Familien, Kinder, Jugendliche und Erwachsene). Gewichtung 20

4. Preis. Gewichtung 10

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt

Nein

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge

15.9.2010 - 15:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) DAUERAUFTRAG

Nein

VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN

Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass sie mit der Abgabe ihrer Angebote auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (Abschnitt 2, § 22 EG VOL/A) unterliegen. Bietergemeinschaften müssen gesamtschuldnerisch haften.

Verschickung der Vergabeunterlagen: 27.9.2010.

Angebotsabgabetermin: 5.11.2010.

VI.4) NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Villemombler Str. 76

53123 Bonn

DEUTSCHLAND

E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Tel. +49 2289499-0

Internet: <http://www.bundeskartellamt.de>

Fax +49 2289499-163

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:

27.8.2010

Bitte beachten Sie auch die nachfolgende Berichtigung
der Bekanntmachung!

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:263720-2010:TEXT:DE:HTML>

D-Berlin: Veranstaltung von Ausstellungen, Messen und Kongressen

2010/S 173-263720

**Wissenschaft im Dialog gGmbH, Charlottenstr. 80, Projektleitung, attn: Beate Langholf,
DEUTSCHLAND-10117Berlin. Tel. +49 30206229550. E-mail: beate.langholf@w-i-d.de. Fax +49 30206229515.**

(Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union, 1.9.2010, 2010/S 169-259662)

Betr.:

CPV:79950000, 79956000, 92521100

Veranstaltung von Ausstellungen, Messen und Kongressen.

Organisation von Messen und Ausstellungen.

Museumsausstellungen.

Anstatt:

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eigenerklärung nach § 6 Abs. 3 VOL/A, dass:

- das Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden,
- das Unternehmen im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist,
- eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen wurde,
- die für die Ausführung der Leistung vorgesehenen Personen entsprechend zertifiziert, bzw. qualifiziert sind,
- den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen wurde und der Auftraggeber ermächtigt wird, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. diese auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen werden,
- den Verpflichtungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen wurde und auch weiterhin nachkommen wird,
- er in den letzten 2 Jahren nicht zu einer Geldbuße gemäß § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingungengesetz von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist und sich kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen oder bekannt ist,
- ihm nicht bekannt ist, dass im Berliner Korruptionsregister eine Eintragung vorliegt, die das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt werden,

— zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über sein Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,

— die staatlichen Sicherheitsvorschriften (insbesondere Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz einschließlich der dazugehörigen Rechtsverordnungen, insbesondere ArbeitsstättenV, DruckluftV, GefahrstoffV, BetriebssicherheitsV, PSA-BenutzungsV, LastenhandhabungsV) und die Sicherheitsvorschriften der Berufgenossenschaften eingehalten werden,

— die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingehalten werden.

Der Bieter erklärt sein Einverständnis, dass der Auftraggeber die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch Stichproben am Ort der Leistung sowie anhand von vorzulegenden Belegen prüfen kann. Die Belege müssen mindestens enthalten:

— die Namen der für die Auftragserfüllung eingesetzten gewerblichen Arbeitnehmer,

— die im Rahmen der Auftragserfüllung von diesem Monat der Stichprobe geleisteten Arbeitsstunden sowie

— die an die gewerblichen Arbeitnehmer gezahlten Brutto-Stundenlöhne ohne Zuschläge.

Der Bieter verpflichtet sich, Löhne und Gehälter – auch ausländischer Beschäftigter, sofern diese die Leistung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbringen – mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse im Unternehmen bereitzuhalten und auf Anforderung dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Bieter verpflichtet sich, im potenziellen Auftragsfall gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestarbeitsbedingengesetz personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnanschrift) bekannt zu geben. Der Bieter verpflichtet sich, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung abgibt.

Der Bieter ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung seinen Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zu Folge haben und sein Unternehmen bis zur Dauer von zwei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden kann.

muss es heißen:

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

1. Angabe über die Umsätze des Unternehmens in den vergangenen 3 Geschäftsjahren, mit Angabe der Umsätze, die auf Leistungen entfallen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Bewerber, deren Geschäftstätigkeit noch keine drei Jahre zurückreicht, legen die genannten Unterlagen für die Zeit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit sowie eine Erläuterung mit einer Darstellung ihrer bisherigen Tätigkeit vor.

2. Eigenerklärung des Bewerbers gemäß § 6 Abs. 3 VOL/A, dass:

— das Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden,

— das Unternehmen im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist,

— eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen wurde,

— die für die Ausführung der Leistung vorgesehenen Personen entsprechend zertifiziert, bzw. qualifiziert sind,

- den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen wurde und der Auftraggeber ermächtigt wird, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. diese auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen,
- den Verpflichtungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen wurde und auch weiterhin nachkommen wird,
- er in den letzten 2 Jahren nicht zu einer Geldbuße gemäß § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingengesetz von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist und sich kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen oder bekannt ist,
- ihm nicht bekannt ist, dass im Berliner Korruptionsregister eine Eintragung vorliegt, die das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt werden,
- zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über sein Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- die staatlichen Sicherheitsvorschriften (insbesondere Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz einschließlich der dazugehörigen Rechtsverordnungen, insbesondere Arbeitsstätten V, Druckluft V, Gefahrstoff V, Betriebssicherheits V, PSA-Benutzungs V, Lastenhandhabungs V) und die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften eingehalten werden,
- die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingehalten werden.

Der Bieter erklärt sein Einverständnis, dass der Auftraggeber die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch Stichproben am Ort der Leistung sowie anhand von vorzulegenden Belegen prüfen kann. Die Belege müssen mindestens enthalten:

- die Namen der für die Auftragserfüllung eingesetzten gewerblichen Arbeitnehmer,
- die im Rahmen der Auftragserfüllung von diesem Monat der Stichprobe geleisteten Arbeitsstunden sowie
- die an die gewerblichen Arbeitnehmer gezahlten Brutto-Stundenlöhne ohne Zuschläge.

Der Bieter verpflichtet sich, Löhne und Gehälter – auch ausländischer Beschäftigter, sofern diese die Leistung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbringen – mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse im Unternehmen bereitzuhalten und auf Anforderung dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Bieter verpflichtet sich, im potenziellen Auftragsfall gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestarbeitsbedingengesetz personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnanschrift) bekannt zu geben.

Der Bieter verpflichtet sich, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung abgibt.

Der Bieter ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung seinen Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zu Folge haben und sein Unternehmen bis zur Dauer von zwei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden kann.